

PRESSEMITTEILUNG

Erfolgsbilanz durch Nachhilfe: Mehr als 330.000 Schüler schaffen Versetzung VNN fordert Anerkennung der elterlichen Investitionen

Kontakt: Dr. Cornelia Sussieck

Amtierende Vorsitzende

Tel.: 06202/12260

E-Mail: info@nachhilfeschulen.org

www.nachhilfeschulen.org

Erftstadt, 31.1.2013. Anlässlich des Tags der individuellen Förderung am 1. Februar beziffert der Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen (VNN) die Leistungen der Branche: Über 330.000 Schülerinnen und Schüler schaffen dank individueller Förderung durch Nachhilfe die Versetzung. Dadurch spart der Staat jährlich 1,6 Milliarden Euro. Der VNN fordert daher als Anerkennung für das elterliche Engagement, dass Nachhilfe steuerlich absetzbar sein müsse. Selbst die vollständige Erstattung der elterlichen Ausgaben für Nachhilfe würde die staatlichen Folgekosten des Sitzenbleibens um 450 Millionen Euro reduzieren, so der Verband.

Mehr als 580.000 Schülerinnen und Schüler erhalten in diesen Tagen ihr Zwischenzeugnis mit der Warnung, dass die Versetzung gefährdet sei. 250.000 von ihnen werden es auch in diesem Jahr nicht schaffen, in die nächsthöhere Klasse versetzt zu werden. Denn so hoch ist die Zahl der Sitzenbleiber pro Jahr. Die Kosten für die Klassenwiederholer belaufen sich auf 1,2 Milliarden Euro jährlich. Ohne die private Initiative der Eltern, die ihre Kinder durch Nachhilfe individuell fördern lassen, wären die Kosten weit höher, da sich dann die Zahl der Sitzenbleiber ohne Nachhilfeunterricht mehr als verdoppeln würde. Daher fordert der VNN als Anerkennung der elterlichen Investitionen, dass Eltern die

Ausgaben für Nachhilfe steuerlich geltend machen können.

"Es ist nicht plausibel, warum man die Kinderbetreuung steuerlich geltend machen kann, Aufwendungen für Nachhilfe aber ganz explizit ausgenommen sind. Eine für den Einzelnen und die Gesellschaft so wichtige Investition wie die individuelle Förderung der Kinder sollten Eltern unbedingt von der Steuer absetzen können", fordert Dr. Cornelia Sussieck, amtierende Vorsitzende des VNN. Sie geht noch einen Schritt weiter: "Aus Kostengründen sollte der Staat allen versetzungsgefährdeten Schülern Nachhilfeunterricht bezahlen. Denn so könnte die Quote der Sitzenbleiber deutlich gesenkt und könnten weitere Steuergelder für Folgekosten in Höhe von 450 Millionen gespart werden."

Die Wege zur Reduzierung der Folgekosten durch schulisches Versagen und die Zukunft der Bildungsrepublik sind auch Thema einer Diskussion des VNN am 23.2.2013 auf der didacta in Köln. Unter dem Titel "Wege zur Steigerung des Brutto-Bildungs-Produkts" diskutieren

- Renate Künast (Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen),
- Dr. Christoph Börsch (Chancenstiftung – Bildungspaten für Deutschland),
- Dr. Dieter Dohmen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie),
- Prof. Dr. Ludwig Haag (Universität Bayreuth) und
- Dr. Cornelia Sussieck (VNN)

Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen e.V. (VNN)

Der VNN wurde 1998 als Interessenverband Nachhilfesschulen e.V. gegründet und ist der älteste und größte Verband der Nachhilfe-Branche. 2003 erhielt er seinen heutigen Namen „Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen (VNN) e.V.“. Der VNN setzt sich für mehr Transparenz und verlässliche Qualität in der institutionellen Nachhilfe ein. Die ihm angeschlossenen privatwirtschaftlichen Nachhilfeorganisationen stehen für hohe Qualitätsstandards und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern in Kleingruppen oder Einzelunterricht. Dies gibt Eltern, Kindern und Jugendlichen Sicherheit und Orientierung. Der VNN vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in der Öffentlichkeit und fördert den vertrauensvollen Dialog zwischen Schule, Politik und Wirtschaft. Sitz des Bundesverbandes ist Erfstadt. www.nachhilfesschulen.org.